



China Report

Juni 2019

(1) Chinas Vizepräsident Wang zu Besuch in Deutschland

Anfang Juni besuchte Chinas Vizepräsident Wang Qishan Deutschland. Im Mittelpunkt der Treffen mit Bundespräsident Steinmeier, Kanzlerin Merkel und Außenminister Maas sollten eigentlich Handel und das bilaterale Verhältnis beider Länder stehen. Doch Grüne Politiker und Aktivisten hatten gefordert, dass der internationale Druck auf China erhöht werden sollte.

Am 4. Juni jährte sich auch ein historisches Datum: In Peking ging das Militär am 4. Juni 1989 gegen Zivilisten vor, die mit den Studentenprotesten sympathisierten. Zuvor hatten sich immer mehr Menschen aller Herkunft den Studenten angeschlossen, die aus dem ganzen Land nach Peking kamen und wochenlang auf dem Platz des Himmlischen Friedens für mehr Demokratie demonstrierten. Die kommunistische Führung schweigt über die damaligen "Zwischenfälle" bis heute und zensiert Informationen zu dem Massaker, das in China offiziell als Tabu gilt. Auch beim Besuch von Wang Qishan in Deutschland gab es keine öffentlichen Statements dazu.

Es seien "deutliche Worte vor den Kameras angesagt und nicht nur leise Kritik im stillen Kämmerlein", schrieben die Grünen-Bundestagsabgeordneten Margarete Bause und Katrin Göring-Eckardt in einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Rundschau". Außerdem solle die Bundesregierung mit ihren EU-Partnern individuelle Sanktionen bei Menschenrechtsverletzungen verhängen. Auch der Außenpolitiker Jürgen Trittin (Grüne) hatte von Kanzlerin Merkel vor dem Besuch gefordert, bei dem Treffen auf die Einhaltung der Menschenrechte in der Volksrepublik zu drängen. "Gerade 30 Jahre nach der Niederschlagung der Tian'anmen-Bewegung darf Merkel auch die Menschenrechtsfrage, wie zum Beispiel im Fall der Umerziehungslager für Uiguren in Xinjiang nicht ausklammern", sagte Trittin im Gespräch mit der "Rhein-Neckar-Zeitung".

Der ehemalige chinesische Studentenführer Wang Dan, der mittlerweile in Taiwan lebt, sagte ebenfalls vor dem Treffen in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur in Taipeh: Es müsse dem Westen eine Lehre sein, dass es auch drei Jahrzehnte nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung keine Veränderungen in China gegeben habe. Bei dem Militäreinsatz gegen die friedlichen Studentenproteste wurden einige Hundert Menschen getötet. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Tausende wurden verletzt und inhaftiert. Vor dem Jahrestag stehen Angehörige der Opfer wieder unter besonders strenger Beobachtung der Staatssicherheit. Öffentliches Gedenken wird im Keim erstickt.

Aus Teilnehmerkreisen hieß es, dass im Gespräch mit Steinmeier der Handelskonflikt mit den USA sowie die Situation nach den Europawahlen Thema waren. Zudem habe es auch von chinesischer Seite ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus gegeben und es sei betont worden, dass [Europa ein wichtiger Partner Chinas ist](#).

Wang Qishan gilt als Vertrauter von Staats- und Parteichef Xi Jinping. Er ist ein langjähriges Mitglied in der obersten Liga Chinas und kennt sich mit Wirtschaftsfragen und den USA gut aus. Gleichzeitig sind seine Fähigkeiten als Krisenmanager bekannt.



China Report

Juni 2019

(2) Ericsson und Nokia sichern sich wichtige 5G-Verträge in China

[Die beiden europäischen Telekommunikationsunternehmen Ericsson und Nokia sichern sich in China wichtige 5G-Verträge.](#) In der *China Daily* zitierte Beobachter beschreiben dies als Zeichen für Chinas Offenheit internationalen Akteuren gegenüber, wenn es um die Einführung der ultraschnellen Technologie und die internationale Zusammenarbeit geht. Die Nachricht wurde bekannt, nachdem *China Mobile*, der weltweit größte Telekommunikationsbetreiber, erklärte hatte, dass das Unternehmen seine erste Runde von 5G-Netzwerk-ausrüstungsverträgen im Wert von 2 Milliarden US-Dollar vergeben habe.

China Mobile sicherte sich insgesamt 153 Einheiten MME-Telekommunikations-ausrüstung von der schwedischen Firma Ericsson, was 34 Prozent der gesamten Beschaffungen des Unternehmens ausmacht. Nokia stellte 56 Einheiten zur Verfügung, was 12 Prozent entspricht. In Bezug auf SAE-Telekommunikationsgeräte stellte Ericsson 231 Einheiten zur Verfügung, was 34 Prozent des Geschäfts von *China Mobile* ausmacht. Im Fall von *Nokia* wurden 60 Einheiten angeboten, die rund 9 Prozent der gesamten Beschaffungen ausmachen.

Der Schritt kam, nachdem *China Mobile* kurz nach Erhalt einer kommerziellen 5G-Lizenz den Aufbau der drahtlosen Technologie der fünften Generation beschleunigt hatte. Das Unternehmen plant bis September in 40 Städten 5G-kommerzielle Dienstleistungen anzubieten.

Anfang Juni hatte das chinesische *Ministerium für Industrie und Informationstechnologie*, die oberste nationale Regulierungsbehörde der Telekommunikationsindustrie, erklärt, dass es eine aktive ausländische Beteiligung im Aufbau eines 5G-Netzwerks begrüße. Lü Tingjie, Professor an der *Beijing University of Posts and Telecommunications*, bestätigte dies und erklärte, dass sich China bewusst darüber sei, dass eine Konkurrenz durch ausländische Unternehmen zur Senkung der Kosten beitragen werde.

China hatte am 6. Juni insgesamt vier Lizenzen an Telekommunikationsträger vergeben, was den offiziellen Auftakt der 5G-Ära im Land kennzeichnete. Der Schritt markiert zudem einen beschleunigten Vorstoß Chinas in der Anwendung von 5G, hatte doch der frühere Plan die Kommerzialisierung der Technologie erst für das Jahr 2020 vorgesehen.

Die neue Technologie soll erwartungsgemäß mindestens zehnmal schneller als 4G sein. Die neuen Kapazitäten werden der intelligenten Industrie, selbstfahrenden Fahrzeugen und anderen Anwendungen zugutekommen.

(3) Hongkong-Demonstrationen zum Auslieferungsgesetz enden blutig

Alles hatte friedlich begonnen, dann aber eskalierte eine Demonstration in Hongkong. Laut den Organisatoren sollen mehr als eine Million Menschen an der Demonstration teilgenommen haben. Sie richtete sich gegen ein neues „Auslieferungsgesetz“ der Pekinger Regierung.

"Wir hatten eine Ahnung, dass der Widerstand gegen das Auslieferungsgesetz groß ist", sagt Avery Ng Man-yuen, der Vorsitzende der Hongkonger Liga der Sozialdemokraten (LSD). "Aber das Ausmaß der Demonstration übertraf unsere Erwartungen bei weitem." Trotz des Widerstands und der Angst in der Bevölkerung vor dem



China Report

Juni 2019

Auslieferungsgesetz hält die umstrittene Regierungschefin Carrie Lam daran fest. "Ich habe keinerlei Anweisungen oder Mandat von Peking erhalten, den Entwurf voranzubringen", beteuerte Lam. Vielmehr geht es aus ihrer Sicht darum, Hongkongs Verpflichtungen im Kampf gegen grenzüberschreitende Verbrechen zu erfüllen.

[Die Änderungsvorschläge des Auslieferungsgesetzes](#), die am 3. April dem Hongkonger Parlament (Legislativrat) vorgelegt wurden, sehen vor, dass der Regierungschef die Auslieferung von polizeilich gesuchten Verdächtigten nach Festlandchina, Macao, Taiwan sowie in Länder, mit denen es derzeit ebenfalls kein Auslieferungsabkommen gibt, anordnen kann. Dabei soll die bisher vorgeschriebene Einzelfallprüfung durch den Legislativrat entfallen, Hongkonger Gerichte sollen entsprechende Anordnungen allerdings anfechten und Berufung einlegen können.

Das neue Auslieferungsgesetz soll Ende Juni in Kraft treten. Anwaltsverbände, Menschenrechtsgruppen, ausländische Handelskammern und Regierungen sind besorgt. Kritiker argumentieren, dass Chinas Justizsystem nicht unabhängig sei, nicht internationalen Standards entspreche und politisch Andersdenkende verfolge. Auch drohten Misshandlungen und Folter. Es wurde als "Werkzeug zur Einschüchterung" beschrieben.

Die Demonstration in Hongkong in der Nacht zu Montag war nach Einschätzung lokaler Beobachter die größte seit dem Protest gegen die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung am 4. Juni 1989. Demonstranten trugen Schilder mit "Keine Auslieferung nach China" oder "Nach China ausgeliefert, für immer verschwunden".

Als einige Hundert Radikale versuchten, den Legislativrat und Regierungssitz zu stürmen, eskalierten die friedlichen Massenproteste: Die Polizei setzte Schlagstöcke und Pfefferspray ein, nachdem Demonstranten Absperrgitter eingerissen hatten. Auf beiden Seiten gab es Verletzte.

(4) Die Technologie der Gesichtserkennung verändert die Zukunft

Im Zuge der fortschreitenden Entwicklung der Künstlichen Intelligenz in China ist es vor allem die Technologie der Gesichtserkennung, die eine immer größer werdende Rolle spielt und [das gesamte Alltagsleben der Menschen verändern wird](#). Nachdem die Technologie erstmals kurz nach den Olympischen Spielen 2008 getestet wurde, wird sie seit 2015 in immer mehr Bereichen des gesamten Landes angewandt. Insbesondere Internetriesen wie Tencent setzen sich verstärkt für ihre kommerzielle Nutzung ein.

In immer mehr Supermärkten kann beispielsweise basierend auf AliPay und WeChat Pay per Gesichtserkennung bezahlt werden. Auch bei Verwaltungsangelegenheiten und Bankgeschäften oder im Bereich medizinischer Behandlung wird die Technologie immer verbreiteter. In der Stadt Ji'nan können Fahrgäste etwa nicht mehr nur mit Tickets oder Smartphones Zugang zu U-Bahnen bekommen, sondern seit dem 1. April auch mit einem Gesichtsscan. Möglich ist dies durch die App „*Ji'nan Metro*..

Auch die öffentlichen Sicherheitsbehörden nutzen die Gesichtserkennungstechnologie immer häufiger im Kampf gegen illegale Aktivitäten. Laut *Xinhua* wurden allein in Ji'nan 120 Gesichtsscanner installiert, um



China Report

Juni 2019

Fußgänger oder Fahrer zu erfassen, die bei Rot über die Ampel gehen. Laut der Verkehrspolizei ist durch diese Maßnahme die Zahl an Verkehrssündern stark zurückgegangen.

Im Jahr 2017 wurde die „*Bezahlung per Gesicht*“ vom *MIT Technology Review* als eine der weltweit zehn bahnbrechendsten Technologien ernannt. Das *Qianzhen Industry Research Institut* in Shenzhen sagt voraus, dass der Markt der Gesichtserkennungstechnologie in China in den kommenden fünf Jahren um 20 Prozent wachsen und bis 2024 einen Umsatz von rund 10 Milliarden Yuan verzeichnen wird.

Bei all dem Fortschritt wird aber auch der Ruf nach mehr Informationssicherheit lauter. Laut Wu Shenkuo, Rechtsexperte an der *Beijing Normal University*, müsse parallel zu der rapiden Entwicklung und der zunehmenden Anwendung der Technologie eine Gesetzgebung entwickelt werden, um den Schutz der Privatsphäre gewährleisten zu können.

(5) Xi Jinping will mehr Mülltrennung

Chinas Staats- und Regierungschef Xi Jinping hob Anfang Juni die Wichtigkeit von Mülltrennung für eine nachhaltige Entwicklung der Umwelt hervor. Ein Arbeitspapier wurde veröffentlicht, nach der umfassenden Aufklärungsarbeit und Anleitungen zur Mülltrennung notwendig seien, um einen Mechanismus mit langfristigen Auswirkungen zu bilden und die Gewohnheit von Mülltrennung bei den Bürgern zu etablieren. Der Schlüssel läge auch in der Stärkung von wissenschaftlichem Management zur Mülltrennung. Zur Förderung der Mülltrennung müsse ein wissenschaftliches, nachhaltiges Verwaltungssystem aufgebaut und den örtlichen Verhältnissen entsprechend umgesetzt werden, so Xi.

Bis 2020 sollen in 46 chinesischen Großstädten Müllsortierungssysteme entstehen, im Jahr 2025 sollen alle Städte auf Präfektorebene und darüber hinaus solche Systeme eingeführt haben.

Dass dieses Papier in den Staatsmedien nicht von einem anderen leitenden Politiker Chinas vorgestellt wurde, zeigt wie wichtig dieses Thema für Xi ist. Denn er ist als Staats- und Parteichef normalerweise nicht das Organ, das Arbeitspapiere zu Themen wie Abfalltrennung öffentlich macht.

(6) Wanderarbeiter verlassen Megastädte, um in kleineren Städten ein besseres Leben zu finden

Gemäß den Angaben des chinesischen Landwirtschaftsministeriums sind insgesamt 7,8 Millionen Chinesen in ihre Heimatstädte zurückgekehrt, um dort ein eigenes Unternehmen zu gründen. Rund 70 Prozent davon sind Wanderarbeiter. Das Durchschnittsalter der Heimkehrer, die ein Unternehmen gründen, beträgt 45 Jahre. 40 Prozent von ihnen besitzen einen Oberschulabschluss oder höher. Wiederum 54 Prozent von ihnen nutzen für die Unternehmensgründung Informationstechnologien und 89 Prozent gründen ein Unternehmen mit Partnern, die in den Bereichen Verarbeitung von Agrarprodukten, Freizeittourismus und E-Commerce arbeiten.

Grund für die Rückkehr vieler Wanderarbeiter in ihre Heimat ist das immer komplizierter werdende Leben in den Megastädten wie Peking und Shanghai, bedingt durch eine wachsende Nachfrage nach hochrangigen Fachkräften, eine immer strenger werdende Bevölkerungspolitik und steigende Lebenshaltungskosten. Die



China Report

Juni 2019

Wanderarbeiter leben mit der ständigen Unsicherheit in Bezug auf ihre Arbeit, ihren Wohnsitz, ihr Wohlbefinden und die Ungewissheit, wie lange sie überhaupt noch geduldet werden. Als Konsequenz denken viele über Alternativen in ihrer Heimat nach. Nach mehreren Jahren in der Großstadt haben sich viele von ihnen technologisches Know-How und spezielle Qualifikationen angeeignet, finanzielle Rücklagen angespart und eine Vision entwickelt. Insbesondere der Bereich des E-Kommerz könnte für viele Chance bergen.

Die sinkende Lebensattraktivität in den Megastädten ist nicht der einzige Beweggrund für Wanderarbeiter, zurück in ihre Heimat zu gehen. Auch die Bemühungen der Regierung, die wirtschaftliche Kluft zwischen Stadt und Land zu schließen, gelten als Grund. 2018 hat die *Nationale Kommission für Reform und Entwicklung* eine Richtlinie erlassen, die die lokalen Regierungen dazu verpflichtet, mehr Zuschüsse für rückkehrende Wanderarbeiter bereitzustellen. Ein Plan des *Ministeriums für Personal und Soziale Sicherheit* fördert ferner eine stabile und qualitativ hochwertige Beschäftigung für die neue Generation an Arbeitsmigranten, um eine bessere ländliche Entwicklung zu erzielen. Zu den speziellen Maßnahmen für die nicht-landwirtschaftlichen Industrien gehören zum Beispiel Fortbildungen für Arbeiter, um sich bestimmte Fähigkeiten anzueignen oder E-Kommerz-Trainings für jene, die in diesem Bereich ihre Chance sehen.

Mit der Verlagerung der verarbeitenden Industrie, des Immobilienmarktes und vielen klassischen Industrien in die innerchinesischen Städte, haben die zentral- und westchinesischen Provinzen spezielle industrielle Kooperationsplattformen eingerichtet und intelligente Industrieparks errichtet, die wiederum mehr und mehr Arbeiter aus den Megastädten anlocken.

Gemäß der *Nationalen Statistikbehörde* sind die Zahlen der Arbeitsmigranten in Ostchina und im Perflussdelta 2018 jeweils um 1,2 und 3,9 Prozent gesunken, während die Zahl in den zentralen und westlichen Provinzen um 3,78 Millionen zugenommen hat. Es sind vor allem Städte des dritten und vierten Ranges, die Arbeitsmigranten aus den Megastädten anlocken.

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die



China Report

Juni 2019



Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos

beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.